

PZ 13.1.13

RF

Zum

# Ispringens steiniger Weg zu „Steinig“

- Nach ursprünglichem Nein nun Ja zu Gewerbe auf der Wilferdinger Höhe.
- Nur mit einer Stimme Mehrheit Beitritt zum Zweckverband.

MANFRED SCHOTT | ISPRINGEN

Die Gemeinde Ispringen will dem Zweckverband „Interkommunales Gewerbegebiet Steinig“ beitreten, dem die Stadt Pforzheim und voraussichtlich auch die Gemeinden Eisingen und Neulingen angehören werden – allerdings unter klaren Bedingungen: Als Ersatzflächen für den abzuholenden Wald dürften keine Ackerflächen zur Aufforstung verwendet werden. Außerdem müsse in der Zweckverbandssatzung das Ausscheiden von Mitgliedern, also Gemeinden, näher geregelt werden. Der Beitrittsbeschluss wurde mit der äußerst knappen Mehrheit von einer Stimme bei neun Ja-Stimmen und acht Gegenstimmen gefasst.

## Probleme mit Stromleitung

Zum Auftakt der Diskussion im Rat signalisierte Georg Burckhardt (FWV) seitens seiner Fraktion die Zustimmung. Er machte aber deutlich, dass man wieder austreten werde, wenn Ackerland als Ausgleichsmasse für die Waldaufforstung der Landwirtschaft entzogen würde.

Martin Kärcher, Vorsitzender der CDU-Fraktion, war der Auffassung, dass man einen Waldstreifen südlich der Autobahn für die Trassenführung der geplanten 380-kV-Hochspannungsleitung stehen lassen müsse. Stattdessen habe die Stadt darauf Einfluss genommen, damit die Stromtrasse zu Lasten der Ispringer Anwohner nördlich der Autobahn geplant wird. Er könne schon deshalb nicht zustimmen. Kärcher wies aber auch darauf hin, dass die Problematik der Dolinen-Vorkommen im Gelände nicht geklärt sei. Auch

würden immer noch keine Daten vorliegen, aufgrund derer man überhaupt die Wirtschaftlichkeit eines Beitrittes abschätzen könne. Das sei entscheidungsrelevant, zumal Ispringen seinen Beitragsanteil für das Gewerbeprojekt durch Kreditaufnahme finanzieren müsse. In der CDU-Fraktion sei man unterschiedlicher Meinung.

## „Das ist das i-Tüpfelchen“

Auch Manuel Linkenheil machte für die SPD-Fraktion deutlich, dass das interkommunale Gewerbegebiet durch die Trassenverlegung auf Ispringer Seite klar bevorteilt werde. Er sieht das als einen Schlag für alle betroffenen Ispringer in den leitungsnahe

Wohngebieten. Die SPD werde mit Blick auf das Wohl der Bürger und deren Gesundheit einen Beitritt ablehnen.

„Da machen wir nicht mit“, sagte Elisabeth Vogt (LMU) zum Zweckverbandsbeitritt. Ihre Fraktion sei schon immer gegen das IKG Steinig gewesen. Die 380-kV-Leitungstrasse sei noch das i-Tüpfelchen auf die Ungleichbehandlung aus Richtung Pforzheim.

Zum positiven Standpunkt der Freien Wähler ergänzte Ursula Nesper-Adelhelm, dass man selbstverständlich gegen die geplante Stromleitung sei. „Aber wir wollen wissen, was an unserer Grenze geschieht und wir wollen mitsprechen können“, fügte sie hinzu.